FORUM

# Mehr Wettbewerb, bitte!

Die Energiewende kann nur gelingen, wenn die Politik stärker auf den Markt setzt und nicht vorschnell weitere Subventionen schafft. *Von Andreas Mundt*

Die deutschen Verbraucher zahlen für Ökostrom so viel wie noch nie. Nicht nur private Haushalte klagen über steigende Kosten, auch die Wirtschaft gerät an die Grenze ihrer Belastbarkeit. Im internationalen Vergleich gehören die deutschen Strompreise zu den höchsten. Ein schleichender Abwanderungsprozess ist zu beobachten.

Die Energiewende braucht ein neues Konzept. Wenn die Kosten nicht weiter ungebremst steigen sollen, muss der Ökostrom-Ausbau kosteneffizienter werden. Dies lässt sich nur erreichen, indem man statt auf staatliche Planung auf die Kräfte des Marktes setzt. Denn stehen Marktteilnehmer im Wettbewerb, nutzen sie alle Möglichkeiten, um nach den effizientesten Lösungen zu suchen. Anders als in einem System mit starren staatlichen Vorgaben können sich die Innovations- und Kostensenkungspotenziale voll entfalten.

Zwar wird die Energiewende nicht ohne staatliche Lenkung zu schaffen sein. Zu widersprüchlich sind die Ziele, die bedacht werden wollen, neben der Bezahlbarkeit von Strom auch Klimaschutz und Versorgungssicherheit. Wir befinden uns auch nicht auf einer grünen Wiese, auf der wir noch mal von vorn anfangen könnten. Dennoch, auch jetzt gibt es Stellschrauben, um das Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG) auf Wettbewerbskurs zu bringen.

Ein wichtiger Schritt wäre, dass die Erzeuger ihren Ökostrom künftig selbst oder über Dienstleister direkt am Markt verkaufen müssen. So lernen sie, sich am Markt zu behaupten. Und es würde ein Anreiz geschaffen, die Ökostrom-Produktion auf den Strombedarf abzustimmen.

Eine weitere Möglichkeit für mehr Wettbewerb wäre, den Ökostrom-Ausbau auszuschreiben. Die Ökostrom-Produzenten würden zu Wettbewerbern. Durchsetzen würde sich, wer den Ökostrom am günstigsten produzieren kann. Auch würde nicht mehr die Politik, sondern der Markt bestimmen, wie hoch die Förderung ist. Die Überförderung von Ökostrom-Anlagen und skurrile Entwicklungen wie Pachtbeträge von bis zu 100 000 Euro pro Jahr für einen einzigen Windrad-Standplatz würden ein Ende finden. Es ist erfreulich, dass diese marktwirtschaftlichen Elemente Eingang in die Vorschläge der Bundesregierung gefunden haben, auch wenn man noch ambitionierter sein könnte, indem auch Bestandsanlagen in die Direktvermarktung überführt werden. Wichtig ist, dass die guten Ansätze in den kommenden Monaten nicht wieder von Partikularinteressen aufgeweicht werden.

Das EEG ist nicht das einzige Sorgenkind der Energiewende. Immer mehr Betreiber fossiler Kraftwerke klagen darüber, dass sich unter den heutigen Bedingungen kein Geld mehr verdienen lässt. Durch den Zuwachs beim Ökostrom laufen manche Kraftwerke immer weniger. Zudem machen ihnen die niedrigen Preise an der Strombörse zu schaffen. Stilllegungen werden angekündigt und Kraftwerksprojekte storniert.

## Was Deutschland an Reformen plant, muss mit dem europäischen Binnenmarkt zusammen passen

Auch mit dem Ökostrom-Ausbau werden in Zukunft fossile Kraftwerke benötigt. Sie müssen einspringen, wenn die erneuerbaren Energien keinen Strom liefern, weil der Wind nicht weht und die Sonne nicht scheint. Daher werden Forderungen nach einem umfassenden Förderprogramm für Kraftwerke in Form von sogenannten Kapazitätsmärkten erhoben. Alle Kraftwerksbetreiber würden danach Zahlungen für das bloße Bereithalten ihrer Kraftwerke erhalten für den Fall, dass die erneuerbaren Energien nicht genug Strom liefern. Das heißt sie würden auch dann Geld bekommen, wenn ihre Kraftwerke nicht laufen.

Der Staat würde damit stark in die bisher wettbewerblich organisierte fossile Stromerzeugung eingreifen. Es liegt auf der Hand, dass dies neue Gefahren von Fehlsteuerungen, Regulierungsversagen und Kosten mit sich bringt. Auch wissen wir heute gar nicht, ob ein solch massiver Markteingriff notwendig wird. Die Gründe für die Probleme der Kraftwerksbetreiber sind vielschichtig. So gibt es erhebliche Überkapazitäten. Niedrige Preise und Stilllegungen sind da eine normale Marktreaktion. Der Abbau dieser Überkapazitäten kann dazu führen, dass die Börsenpreise für Strom steigen und sich das Betreiben von Kraftwerken zukünftig wieder lohnt.

Auch eine marktwirtschaftliche Reform des EEG wird Rückwirkungen auf die Lage der Kraftwerksbetreiber haben. Ein fester Ausbaukorridor und stabile Rahmenbedingungen schaffen Investitionssicherheit. Für eine vollständige Marktintegration sollten die Anbieter der erneuerbaren Energien auch Lieferverpflichtungen eingehen und Systemverantwortung übernehmen. Notfalls müssten sie sich bei fossilen Kraftwerken absichern. Das würde auch den Kraftwerksbetreibern helfen. Die Entscheidung, ob und wie Kraftwerke gefördert werden, sollte daher jedenfalls erst nach einer Reform des EEG getroffen werden.

Wenn es einer Förderung bedarf, spricht viel dafür, den Markt nicht gleich umfassend zu regulieren. Sinnvoller wäre es, dass die Übertragungsnetzbetreiber eine „Strategische Stromreserve“ von einer begrenzten Zahl an Reservekraftwerken unter Vertrag nehmen und bereithalten. Diese Reserve könnte kurzfristig einspringen, wenn an der Börse einmal nicht genug Strom angeboten wird.

Die Energiewende kann nur gelingen, wenn ein Rad ins andere greift. Dazu gehört, dass der Ökostrom-Ausbau, der Umbau des Kraftwerksparks und der Netzausbau auf einander abgestimmt werden. Einer der wichtigsten Punkte ist aber, dass die Energiewende mit dem europäischen Binnenmarkt zusammenpassen muss. Der deutsche Strommarkt ist keine Insel, sondern eng mit seinen Nachbarmärkten verknüpft. Die Folgen der Energiewende treffen nicht nur uns, sondern auch unsere Nachbarn. Deren Stromkunden profitieren vom günstigen Ökostrom aus Deutschland, gleichzeitig leiden ausländische Kraftwerksbetreiber darunter. Ein nationaler Alleingang, wie wir ihn uns leisten, führt zu Wettbewerbsverzerrungen und damit zum Tod des Energiebinnenmarktes. Aus dem Wettbewerb um den günstigsten Strom wird ein Wettbewerb der nationalen Fördersysteme, der alle Stromkunden in Europa teuer zu stehen kommt.

Wir brauchen europäische Lösungen. Ein europäisches Modell kann aber nur wettbewerblich organisiert sein. Zum einen, weil nur ein freier Energiebinnenmarkt eine effiziente und kostengünstige Stromversorgung in Europa sichern kann. Zum anderen, weil es schlicht nicht vorstellbar ist, einen europäischen Energiemarkt, möglicherweise unter Berücksichtigung von Kapazitätsmärkten, regulatorisch zu organisieren. Die Komplexität würde jeden hinwegfegen, der dies versucht.

**Andreas Mundt**, 53, leitet seit gut vier Jahren das Bundeskartellamt mit Sitz in Bonn. Der studierte Jurist kümmert sich derzeit besonders intensiv um Kartellverstöße im Internethandel – und die Zukunft des Energiemarkts. FOTO: JAKOB BERR

DIZdigital: Alle Rechte vorbehalten – Süddeutsche Zeitung GmbH, München
Jegliche Veröffentlichung und nicht-private Nutzung exklusiv über www.sz-content.de